Sonnabend, 22. September 1923 · 71. Jahrgang Nr. 446

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzelnummer 600 000 M.

Chefredakteur: Otto Rutsche, Berlin-Steglitz

Brot	3250	Gas cbm	3400
markenfrei	14000	Wasser cbm	2000
Markenschnitte	120	Kurs der Goldmark	31 428
Milch 1 Liter	4200	Geldsortengeld	3359999
Briketts Ztr. 40490, Koks	98810	Schlüsselzahl für Bücher	35000
Strom: Licht und Kraft	6800	Der Reichsindex	14244

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fleisch knapp, Preise anziehend. (Alle Angaben in Tausend Mark)

Rindfleisch 38 000—40 000, ohne Knoch. 44 000—45 000, Kalbfleisch 35 000—40 000, Hammelfleisch 30 000 bis 36 000, Schweinefleisch 40 000—44 000, Rückenfett 38 000—40 000, Rindertalg 34 000—36 000, Butter 40 000 bis 60 000, Margarine 26 000—32 000, Schweineschmalz 26 000—34 000 M., Schoten 2000—2800 das Pfund

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin

Straßenbahn 3000, Umstg. 3500	Postk. Ort 50, Fern u. Oest. 100	
Hochb. 2. 2000-2500, 3. 1500-2000	Ausl. 450, Tschsl. u. Ung. 350	
Stadtbahn I 3000, II. 2000	Brief: O 100, Fern u. Oest. 250, Ausl.	
Omnibus Teil 3000, g. Str. 3500	750, Tschechosl. u. Ungarn 600	
Droschke kr. ×20 000, Pl. ×10 000	Tel.-gr. d. W. 400, Grundgb. 800,	
Tel.-Gespr. 500, Autom. 500	u. Ausland je nach Währung	

Schnelldienst

Durch die infolge der neuen Bahnsprengung verhängten Sanktionen ist Essen vollständig vom Verkehr abgeschnitten.

Wie aus dem Ruhrgebiet bekannt wird, setzen die Franzosen die Paßgebühren von jetzt ab allwöchentlich neu fest.

Die französischen Kompagnien, die das Mannheimer Schloß besetzen, sind wieder abgezogen.

Italien hat Jugoslawien neue Vorschläge über die Aufteilung des Fiumaner Gebiets gemacht.

Graf Brockdorff-Rantzau ist wieder auf seinem Botschafterposten in Moskau eingetroffen.

Die Räumung von Korfu hat begonnen.

Man meldet aus Wladiwostok, daß bei dem Erdbeben in Japan auch der aus den Kämpfen gegen die Sowjets bekannte General Semenow ums Leben gekommen ist.

Gestern wurde die erste Sitzung des deutsch-polnischen Schiedsgerichts abgehalten.

Gegen das wilde Notgeld soll jetzt rücksichtslos vorgegangen werden.

Im Amurgebiet sind Erdstöße beobachtet worden.

Der Schriftsteller Ferdinand Avenarius ist im Alter von 67 Jahren auf Sylt gestorben.

Die neue Repressalienwelle

Die Folgen des Sprengstoffattentats
Essen vollständig vom Verkehr abgeschnitten

Berlin, 21. September. (W. T. B.)

Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, ist der Stadt Essen heute ein Befehl der Besatzungsbehörde zugegangen, nach welchem General Jacquemot wegen des angeblichen Sabotageaktes auf der Bahnstrecke Rüttenscheid—Hessen—Mülheim vom 22. September, 6 Uhr morgens, ab für acht Tage in den Kreisen Essen-Stadt und -Land und für vier Tage in den übrigen, der 77. französischen Infanteriedivision unterstellten Gebietsteilen den Verkehr der Straßenbahnen im Gebiet der Division mit Ausnahme einiger Linien verbietet. Ferner wird jeder Verkehr von Lastkraftwagen verboten mit Ausnahme derjenigen, die Lebensmittel und Medikamente befördern, sowie der Verkehr von Personenkraftwagen und Fahrrädern, mit Ausnahme derjenigen, denen von den Ortskommandanten Erlaubnisscheine ausgehändigt werden (Aerzte, Hebammen, Geistliche). Diese Maßnahme bedeutet die Unterbrechung sämtlicher Verbindungen aus Essen nach den anderen Städten und eine sehr starke Beschränkung des Verkehrs in der inneren Stadt.

Urteile des Wittener Militärpolizeigerichts

Witten, 22. September. (W. T. B.)

Das Militärpolizeigericht verurteilte gestern zwei Mitglieder der Kommunistischen Partei wegen angeblicher antifranzösischer Aeußerungen zu einem bzw. sechs Monaten Gefängnis und 1000 Goldmark Geldstrafe.

Die Pastoren Lindemann und Kayer, die versucht hatten, durch die Ruhr ins unbesetzte Gebiet zu gelangen, wurden zu drei Monaten Gefängnis und 500 Goldmark Geldstrafe verurteilt.

Berlin, 21. September. (W. T. B.)

Nach Meldungen aus dem Ruhrgebiet nahmen die Franzosen in Witten der Firma Berghaus große Vorräte an Holz und Brettern weg.

Die Franzosen versuchen mit allen Mitteln, die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit auf den französischen Regiezechen zu bewegen. Die französischen Ingenieure legen ihnen u. a. Lebensmittellisten vor mit dem Bemerken, sie könnten alle Lebensmittel zu jedem Preise bekommen. Außerdem wird ihnen Goldlöhnung zugesichert. Alle Angebote wurden von den Arbeitern mit Entrüstung zurückgewiesen.

Herriots Besprechungen in Washington

Washington, 22. September. (Eca.)

Der französische Deputierte Herriot hat auf seiner Durchreise in Washington dem Präsidenten Coolidge einen Besuch abgestattet. Herriot unterhielt sich außerdem mit zahlreichen politischen Persönlichkeiten, so mit dem stellvertretenden Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Philips, und mit hervorragenden Persönlichkeiten der Handelskammer der Vereinigten Staaten und dem Präsidenten der amerikanischen Arbeiterföderation, Samuel Gompers.

Die bayerische Großmäuligkeit

München, 22. September. (W. T. B.)

Am letzten Mittwoch trat der Vorstand der Bayerischen Mittelpartei zu einer Sitzung zusammen, in der eine Aussprache über die Lage stattfand. In einer im Anschluß daran veröffentlichten Erklärung der Partei heißt es u. a., daß sich das „nationale Deutschland" eine „verschleierte Kapitulation nicht stillschweigend gefallen lassen dürfe."

Bodenmark und Währungsbank

Die geplante Uebergangswährung — 2400 Millionen Bodenmark — 3 Prozent Hypothek auf die Sachwerte — Rücksichtslose Beseitigung des Defizits

Der Gesetzentwurf über die neue Währung ist erschienen und wurde bereits an einige Nachrichtenstellen verhökert. Nachträglich läßt die Vertretung der Landwirtschaft — die Hauptnutznießerin des neuen Sachwertgeldes — erklären, daß sie den Entwurf nur zur Kenntnis genommen habe, ohne ihre Zustimmung erteilt zu haben.

Im einzelnen enthält der Regierungsentwurf die folgenden Bestimmungen: Die Währungsbank hat den Zweck der Herausgabe einer „Bodenmark". Ihr Kapital beträgt 2400 Millionen Bodenmark, von dem die Hälfte vom landwirtschaftlichen Grundbesitz, die andere Hälfte von Industrie, Gewerbe und Handel aufgebracht werden soll. Der städtische Grundbesitz soll später nach Maßgabe des Abbaues der Wohnungszwangswirtschaft ebenfalls herangezogen werden. Die Satzungen der Währungspolitik werden von den Spitzenverbänden der Wirtschaftsstände aufgestellt und unterliegen der Genehmigung der Reichsregierung. Die Bank hat eine selbständige Geschäftsführung, sie genießt Befreiung von Steuern und sonstigen Staatslasten.

Für die Heranziehung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes werden die unter das landwirtschaftliche Betriebssteuergesetz vom 11. August 1923 fallenden landwirtschaftlichen Betriebe herangezogen; in Höhe von drei Prozent des Wehrbeitragswertes werden auf diese Grundstücke Grundschulden in Goldmark eingetragen, und zwar bevorrechtigt vor allen anderen Forderungen. Bei etwaiger späterer Regelung einer allgemeinen hypothekarischen Belastung der betreffenden Grundstücke zugunsten von Verpflichtungen des Reiches aus bereits bestehenden oder noch abzuschließenden Verträgen mit anderen Staaten, das heißt also in erster Linie etwaigen Reparationsgrundschulden, sollen die erststelligen Grundschulden der Währungsbank hinter diesen Grundschulden zurückstehen, jedoch nicht über höchstens 12½ Prozent des Wehrbeitragswertes hinaus. Die Goldmark wird hierbei mit 0,358 Gramm Feingold gerechnet. Die Grundschulden sind mit 6½ Prozent zu verzinsen; die Zinsen sind fällig jeweils am 1. April und 1. Oktober; erstmalig am 1. April 1924. Falls die Zinsen nicht innerhalb von drei Tagen nach dem Fälligkeitstermin freiwillig gezahlt werden, so ist Pfändung vorgesehen. Die Grundschulden sind von seiten der Schuldner unkündbar. Die Bank kann mit Genehmigung der Reichsregierung Kündigungen vornehmen, jedoch frühestens nach fünf Jahren. Die Zahlung der Zinsne erfolgt in Bodenmark.

Bei den industriellen, gewerblichen und Handelsbetrieben erwirbt die Währungsbank, falls der Unternehmer Eigentümer eines dem Betrieb dienenden Grundstückes ist, eine Grundschuld wie in der Landwirtschaft. Soweit das nicht der Fall ist, muß der Währungsbank eine auf Goldmark lautende Schuldverschreibung des Unternehmers ausgehändigt werden. Jedoch sind die Unternehmer berechtigt, nach vorheriger Zustimmung der Reichsregierung von der in dem Entwurf vorgesehenen Belastung sich durch Leistung von Gold oder Zahlungsmitteln in ausländischer Währung zu befreien.

Die Währungsbank stellt auf Grund ihres Kapitals Rentenbriefe aus, die auf 500 Goldmark oder ein Vielfaches davon lauten und mit 5 Prozent jährlich verzinslich sind. Sie dienen als Deckung für die von der Währungsbank auszugebende Bodenmark, die in 100 Bodenpfennig eingeteilt ist, und zwar dürfen für auf 500 Goldmark lautende Rentenbriefe 500 Bodenmark ausgegeben werden, soweit Deckung vorhanden ist. Die Bank ist verpflichtet, die Geldzeichen gegen Rentenbriefe einzulösen. Eine Bodenmark entspricht dem Wert von 0,358 Gramm Feingold, das heißt einer Goldmark.

Die Währungsbank darf bankmäßige Geschäfte nur mit dem Reich machen. Sie erhält die Ermächtigung, während der nächsten zwei Jahre dem Reiche auf Bodenmark lautende und in Goldmark verzinsliche Darlehen bis zum Höchstbetrag von 2 Milliarden Bodenmark zu gewähren. Nach Ablauf dieser zwei Jahre tritt die Währungsbank in Liquidation. Sofort stellt sie dem Reiche ein zinsloses Darlehen von 300 Millionen Bodenmark zur Verfügung.

Gesetzliches Zahlungsmittel ist die Bodenmark. An ihrer Stelle sind bei Zahlungen in allen Beträgen bis zu 500 Bodenmark die im Umlauf befindlichen Reichsbanknoten und andere gesetzliche Zahlungsmittel auf Grund des festgestellten Währungsverhältnisses in Zahlung zu nehmen. Die Beschränkung gilt nicht bei Zahlungen an öffentlichen Kassen.

Im Falle der Wiederherstellung der Goldwährung vor der vorgesehenen Frist von zwei Jahren kan das Reich das Recht der Währungsbank zur Ausgabe von Geldzeichen aufheben und die Einziehung der umlaufenden Geldzeichen verlangen. In diesem Falle muß die Währungsbank entweder liquidieren oder die zu ihren Gunsten eingetragenen Grundschulden und die ihr ausgehändigten Schuldverschreibungen als auch die von ihr ausgestellten Rentenbriefe in Goldwährung umtauschen.

*

Der Gesetzentwurf, der, wie gesagt, im Wortlaut noch nicht bekannt ist, läßt manche Frage offen. Wird der Plan der Reichsregierung verwirklicht, dann haben wir drei verschiedene Währungen: die Goldmark, die Bodenmark und die Papiermark. Es steht noch nicht fest, zu welchem Kurse die Papiermark einlösbar ist. Hier liegt der Gefahrenpunkt für die neue Währung, die ja nur eine Uebergangswährung ist. Sie wird dem Schicksal der Entwertung nur entgehen, wenn die Papiermark einen Zwangskurs erhält und der weitere Druck von Noten eingestellt wird. Das kann nur geschehen, wenn Ausgaben und Einnahmen des Reiches ins Gleichgewicht gebracht werden. Um diese Herkulesleistung fertigzubringen, muß Herr Hilferding Goldsteuern schaffen, gegen die die bisherigen „brutalen" Steuern ein Kinderspiel waren und gleichzeitig müssen die Reichsausgaben in einer Weise eingeschränkt werden, von der sich heute noch manches Reichsschmiergeldempfängergemüt nichts träumen läßt. Alle unproduktiven Kredite, alle Propagandazentralen und ein Teil der aufgeblähten Aemter müssen fallen. Denn kommt der Haushalt nicht in Ordnung, dann ist die Zwischenwährung ein verfehltes Experiment gewesen und unser Zusammenbruch auf finanziellem Gebiete unvermeidlich.

* * *

Gegen das wilde Notgeld

Berlin, 22. September. (W. T. B.)

Durch den letzten Marksturz und das dadurch bewirkte Anschwellen der Preise und Löhne ist ein bedauerlicher Mangel an Reichsbanknoten und anderen gesetzlichen Zahlungsmitteln eingetreten. Das Reichsfinanzministerium hat sich genötigt gesehen, in vielen Fällen die Auszahlung von Notgeld zu gestatten, in jedem Falle jedoch genaue Bestimmungen über die Anlegung des Gegenwertes des jeweils ausgegebenen Betrages aufgestellt, die einer mißbräuchlichen Verwendung des Notgeldes, insbesondere der künstlichen Geldmacherei, vorbeugen sollen. Indessen ist daneben auch von zahlreichen Stellen Notgeld ohne jede Genehmigung ausgegeben worden, wobei selbstverständlich die von der Behörde verlangten Sicherheitsmaßnahmen nicht getroffen worden. **Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, wird gegen dieses wilde Notgeld mit aller Schärfe vorgegangen. Es wird unnachsichtig seine schleunige Einziehung verlangt und nötigenfalls mit polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln erzwungen werden.**

Das Pariser Pronunziamento

Keine Verhandlungen ohne Liquidierung des passiven Widerstandes

Paris, 22. September. (E. E.)

Der Berliner Berichterstatter des „Petit Journal" schreibt — und es scheint, als ob er von der französischen Botschaft in Berlin informiert sei —: Der Reichskanzler Stresemann sei nicht mehr Herr seiner Presse und lasse daher seine eigenen Erklärungen dementieren. **Alle Behauptungen, daß die deutsch-französischen Besprechungen fortdauerten, seien unbegründet.** Der Korrespondent erklärt in kategorischer Weise, versichern zu können, daß die Vertreter Frankreichs den offiziellen Auftrag erhielten, keinerlei Besprechungen mit dem Reichskanzler zu führen und auch keinerlei Dokumente entgegenzunehmen, solange der passive Widerstand andauere und die Regierung nicht alle Verordnungen zur Durchführung dieses Widerstandes zurückgezogen habe. Dem Reichskanzler sei dieser Standpunkt der französischen Regierung offiziell zur Kenntnis gebracht worden.

Paris, 22. September. (W. T. B.)

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" soll der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir William Tyrell, der zu der Unterredung zwischen Baldwin und Poincaré in Paris eingetroffen war, noch einige Zeit in Paris bleiben, angeblich weil er am Quai d'Orsay noch gewisse Mitteilungen zu machen haben werde.

Der Streit um das Communiqué

Baldwins Rückkehr nach London — Britischer Kabinettsrat am Dienstag

London, 22. September. (W. T. B.)

„Times" zufolge wird die außerordentliche Befriedigung über die Zusammenkunft, die in Paris gezeigt werde, in offiziellen Londoner Kreisen nicht ganz geteilt, wo man der Ansicht sei, daß die wirklichen Hindernisse für eine Zusammenarbeit keineswegs beseitigt worden sind und wo die Befürchtung ausgedrückt würde, daß der vollständige Zusammenbruch und die Auflösung Deutschlands jeden Augenblick alle Pläne bedeutungslos machen können.

London, 22. September. (E. E.)

Das Communiqué erregt nacheinander außerordentliches Aufsehen. Während ein Teil der Presse mit der „Daily Mail" und den übrigen Blättern des Rothermere-Konzerns an der Spitze in den Pariser Besprechungen „glückliche Folgen" für die Entente Cordiale erblicken, fahren die übrigen Blätter fort, heftige Kritik zu üben. Man bemängelt in erster Linie die völlig unklare und zweideutige Fassung des Communiqués und weist darauf hin, daß der Satz, über die französischen Absichten in der Ruhrbesetzung könne kein Zweifel mehr bestehen, dahin ausgelegt werden könne, daß Poincaré an keinerlei Annexionsabsichten im Ruhrgebiet denke, weil in einem